



Ein gemeinsames Projekt von
Willisauer Bote/Seetalerbote
Surseer Woche
Entlebucher Anzeiger

«Denkverbote lehne ich dezidiert ab»

STÄNDERAT Legislatur-Halbzeit in Bern: Ständerätin Andrea Gmür (Die Mitte) zieht persönlich Bilanz.

von **Ernesto Piazza**

Die ersten beiden Jahre der Legislatur sind vorbei. Wie fällt Ihre Halbzeitbilanz aus?

Andrea Gmür: Diese beiden durch die Pandemie dominierten Jahre waren für uns alle schwierig und unberechenbar. Dennoch bin ich zufrieden, wie wir sie bisher gemeinsam gemeistert haben. Und man darf feststellen: In unserem Land waren wir bedeutend weniger eingeschränkt als in unseren Nachbarstaaten.

Was war politisch Ihr Highlight, über was haben Sie sich speziell geärgert?

Ich ärgere mich, dass sowohl die AHV2020 als auch das CO₂-Gesetz scheiterten. Und es wird nicht einfacher, sondern eher noch schwieriger Kompromisse zu finden. Die Polarisierung scheint ihren Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben. Ein Highlight war für mich, dass ich vor der UNO-Vollversammlung in New York die Erklärung der Schweiz zum internationalen Gerichtshof und dessen wichtige Rolle bei der Streitbeilegung darlegen durfte.

Wo haben Sie in diesen beiden Jahren einen speziellen Fokus gesetzt?

Als Mitglied der Sicherheitspolitischen, der Aussenpolitischen und der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur setze ich den Fokus vor allem bei diesen drei Bereichen.

Zum Beispiel?

Ich habe bei der Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» einen Antrag gestellt, der in beiden Räten mehrheitsfähig wurde. So wurde die Initiative zurückgezogen und künftig sind Waffenexporte nicht mehr via Verordnung, sondern gesetzlich geregelt.

Der Bundesrat hat dem Rahmenabkommen mit der EU den Stecker gezogen. Gerhard Pfister, Ihr Parteipräsident, hat sich auch gegen dieses Regelwerk ausgesprochen. Sie sind hingegen eine Befürworterin. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

Mit dem InstA war ich auch nicht zufrieden. Ich habe aber bedauert, dass der Bundesrat die Verhandlungen alternativlos abgebrochen hat. Nun arbeiten wir an der Fortführung des bilateralen Weges. Das verläuft harzig. Wir wissen, was wir nicht wollen, aber nicht wirklich, was wir wollen.

Als Mitglied der ständerätlichen Sicherheitskommission war die Beschaffung von neuen Kampffjets für Sie ein sehr wichtiges Dossier. Jetzt hat der Bundesrat sich für die Beschaffung des amerikanischen Modells F35-A entschieden. Wie stehen Sie dazu?

Ich unterstütze diesen Entscheid. Es war ein langwieriger, präziser und transparenter Prozess. Die Beschaffung von Rüstungsgütern erfolgt gemäss den Grundsätzen des Bundesrats für die Rüstungspolitik nach dem Wettbewerbs- und Wirtschaftlichkeitsprinzip. Die Evaluation ergab klar, dass der F35-A das technisch modernste, preiswerteste und für die Schweizer Armee geeignetste Kampfflugzeug ist.



Ständerätin Andrea Gmür: «Die Polarisierung scheint ihren Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben.» Foto pd

Wo sehen Sie die Schweiz sicherheitspolitisch im Jahr 2030?

Die Schweiz ist eines der sichersten Länder. Sicherheit ist aber nicht selbstverständlich. Es muss immer wieder in sie investiert werden. Mit Blick auf die vergangenen Jahre ist die sicherheitspolitische Lage in Europa aktuell angespannter denn je. Die Auswirkung

Heisst das für Sie, die Schweiz wird mit diesen zu beschaffenden Kampffjets im Jahr 2030 sicherheitspolitisch wieder gut gerüstet sein?

Wenn die Schweiz jetzt Kampfflugzeuge und ein System der bodengestützten Luftverteidigung von grösserer Reichweite beschafft, werden sie etwa 2030 einsatzfähig sein. Und sie wer-

stehenden EU-Forschungsprogrammen, erhalten.

Der aktuelle Zwist mit der EU könnte die Schweiz auch bei «Erasmus» treffen ...

«Erasmus» ist ein Förderprogramm der EU für Studenten, die ein Auslandssemester in einem von 33 angebotenen Ländern absolvieren möchten. Beim Erasmus-Programm fallen Studiengebühren der ausländischen Hochschule weg und die Studenten werden bei der Vorbereitung und Planung des Auslandssemesters unterstützt. Ein besonderer Bonus ist, dass die im Ausland absolvierten Studienleistungen nach der Rückkehr recht einfach von der heimischen Hochschule anerkannt werden. Es ist eine wunderbare Möglichkeit für Studierende, im Ausland ihren Horizont zu erweitern. Auch hier müssen wir alles daransetzen, dass unsere Studenten auch künftig von diesem Angebot profitieren können.

Der Kanton Luzern hat - verglichen mit anderen Kantonen - ein grosses Angebot von Bildungsinstitutionen. Wie beurteilen Sie diese Dichte?

Ich unterstütze sie, solange die Ausbildungsgänge auch wirklich gefragt sind und es nicht einfach um Struktur erhalten geht.

Die Kulturschaffenden wurden durch Corona stark gebeutelt. Wo waren Sie hier auf Bundesebene unterwegs?

Im Rahmen des Covid-19-Gesetzes haben wir uns auch für Kulturschaffende starkgemacht. Auch sie konnten oder können von Corona-Erwerbsersatz, Kurzarbeitsentschädigung und/oder Härtefallgeldern profitieren.

Sie haben im Zusammenhang mit Horizon die EU-Forschungsprogramme erwähnt. Wie sieht es mit der Forschung in der Schweiz aus?

Für die Schweiz - einem Land ohne

Rohstoffe - ist die Forschung von immensen Wert. Da gilt es offen zu bleiben und nicht alles zu regulieren und zu verbieten. Das heisst zum Beispiel, dass ich die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» klar ablehne.

Warum?

Eine Annahme hätte zur Folge, dass die Versorgung mit Medikamenten in der Schweiz nur noch sehr beschränkt sichergestellt werden könnte.

Der Nationalrat hat das Gentechnologiemoratorium bis 2025 verlängert. Wie stellen Sie sich zur Gentechnologie?

Denkverbote lehne ich dezidiert ab. Hier setze ich mich aber dafür ein, dass zumindest neue Forschungstechniken wie die Genschere Crispr-Cas angewendet werden dürfen. Dies mit dem Ziel, eine höhere Produktivität, ein verbessertes Produkt oder die Resistenz von Pflanzen zu ermöglichen.

Die Mitte-Partei musste die Pläne, die Heiratsstrafe in die AHV-Revision zu integrieren, begraben. Jetzt kommt aus der Partei ein neuer Vorschlag, die AHV zu reformieren, dem der Ständerat zugestimmt hat. Ihr Luzerner Ständeratskollege Damian Müller (FDP) übte daran harsche Kritik. Er sprach von einem «Irrlauf». Sie unterstützen hingegen diesen Vorschlag. Warum?

Bei der AHV ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Jetzt beugt sich der Nationalrat nochmals über die Vorlage. Essenziell für mich dabei ist, dass mit der Erhöhung des AHV-Alters für Frauen, welches zwingend notwendig ist, diese Übergangsgeneration von Frauen mit tiefen Einkommen genügend Ausgleichszahlungen bekommt und auch tatsächlich Anreize bestehen, bis 65 erwerbstätig zu bleiben. Daran arbeiten wir noch.

Zwei Jahre als Ständerätin des Kantons Luzern liegen hinter Ihnen. Wo liegt Ihr Fokus für den Rest der Legislatur?

Er liegt bei unserem Verhältnis zu Europa, im Klimaschutz, bei der Revision der ersten und zweiten Säule sowie den Gesundheitskosten. Wir wollen endlich einen echten Schritt vorwärtskommen. Während der letzten Legislatur haben wir es nicht geschafft. Es ist jetzt höchste Zeit, in diesen vier Themenblöcken Konsens zu finden. Zudem werde ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass mit dem Kauf neuer Kampffjets unsere Sicherheit auch künftig gewährleistet bleibt.

«Wir wissen bei unserem Verhältnis zur EU, was wir nicht wollen, aber nicht wirklich, was wir wollen.»

Andrea Gmür (Mitte) Ständerätin des Kantons Luzern

gen diverser Konflikte, in Verbindung mit Machtpolitik, betreffen auch die Schweiz.

Sie erwähnen die angespannte Sicherheitslage in Europa. Was meinen Sie konkret?

Russland modernisiert seine Streitkräfte seit Jahren. Auch viele westeuropäische Länder sind daran, ihre Luftwaffen zu erneuern. Deutlich mehr und teils aggressive militärische Übungen erhöhen die Risiken von Fehleinschätzungen und von Unfällen mit unabsehbaren Folgen.

Längst spricht man aber von anderen Bedrohungen, zum Beispiel von Cyberangriffen ...

Dass auch andere Bedrohungen wie Terrorismus oder Cyberangriffe zugenommen haben, spricht nicht gegen die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums. Die «neuen» Bedrohungen haben die älteren nicht verdrängt. Kampfflugzeuge und bodengestützte Luftverteidigung tragen auch zum Schutz von terroristischen Angriffen in und aus der Luft bei. Massnahmen zum Schutz des Luft- und Cyberraums sind nicht Alternativen, sie ergänzen sich.

den bis mindestens 2060 die Menschen in der Schweiz vor Angriffen aus der Luft schützen. Ich setze mich dafür ein, dass unser Land 2030 und danach ebenfalls in jeder Hinsicht sicher ist und bleibt.

Wo sind die Schwerpunkte als Mitglied der Kommission Wirtschaft, Bildung und Kultur?

Für mich ist wichtig, dass Bildung, welche die Unabhängigkeit jedes Menschen bedeutet, auch künftig für alle möglich ist. Mit dem dualen Weg und der hohen Durchlässigkeit von der Berufs- zur akademischen Bildung haben wir ein Modell, das weltweit Anerkennung findet und von vielen Ländern zum Vorbild genommen wird. Dazu müssen wir Sorge tragen.

Mit dem gescheiterten EU-Rahmenabkommen könnte der Bildungsstandort Schweiz allerdings unter Druck kommen ...

Durch den Abbruch des Abkommens drohen uns seitens EU überall Hürden. Mit der Freigabe der Kohäsionsmilliarde erwarte ich, dass unsere Bildungsinstitutionen wieder Zugang zu Horizon, dem wichtigsten und qualitativ hoch-

Andrea Gmür

Andrea Gmür (57, Die Mitte) vertritt den Kanton Luzern seit 2015 in Bundesbern. Zuerst war sie während vier Jahren Mitglied des Nationalrats und wechselte auf die aktuelle Legislatur in den Ständerat. 2020-2021 präsidierte sie im eidgenössischen Parlament die Mitte-Fraktion bestehend aus CVP-EVP-BDP. Andrea Gmür ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK) und ebenfalls Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) sowie der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). ep